Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Finanzen

zu der Mitteilung der Landesregierung vom 17. Juni 2022 – Drucksache 17/2723

Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2020 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Beitrag Nr. 9: Förderung des Breitbandausbaus

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen:

I. Von der Mitteilung der Landesregierung vom 17. Juni 2022 – Drucksache 17/2723 – Kenntnis zu nehmen.

II. Die Landesregierung zu ersuchen,

dem Landtag zu Ziffer 3 bis zum 30. Juni 2024 erneut zu berichten.

30.6.2022

Der Berichterstatter:

Frank Bonath

Der Vorsitzende:

Martin Rivoir

Bericht

Der Ausschuss für Finanzen beriet die Mitteilung Drucksache 17/2723 in seiner 17. Sitzung, die in gemischter Form mit Videokonferenz stattfand, am 30. Juni 2022.

Der Berichterstatter führte aus, in Ziffer 1 des Landtagsbeschlusses vom 22. Juli 2021 – Drucksache 17/443 – habe der Landtag die Landesregierung ersucht, die Abwicklung der Mitfinanzierung der Bundesförderung nach Abschluss der Bewilligungsphase 2025 an ein Regierungspräsidium zu übertragen. Die Landesregierung wolle ihrem Bericht zufolge jedoch weiter an der bisherigen Organisation der Breitbandförderung festhalten. Ziffer 2 des erwähnten Landtagsbeschlusses gemäß sei eine systematische Erfolgskontrolle im Rahmen der Mitfinanzierung des Bundesprogramms sicherzustellen. Wie die Landesregierung mitteile, werde die begleitende Erfolgskontrolle während der Durchführung der mitfinanzierten Breitbandprojekte durch den Bund wahrgenommen. Er schlage vor, diese beiden Ziffern als erledigt zu betrachten.

Ausgegeben: 14.7.2022

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

Zu Ziffer 3 des Landtagsbeschlusses vom 22. Juli 2021 wiederum stelle die Landesregierung in ihrer Mitteilung den Sachstand der Breitbandförderung dar. Er schlage vor, die Landesregierung zum 30. Juni 2024 um einen erneuten Sachstandsbericht zu bitten, um über den Fortgang der Breitbandförderung informiert zu bleiben.

Im vorletzten Absatz ihrer Mitteilung schreibe die Landesregierung:

Für die Breitbandförderung steht im Staatshaushaltsplan 2022 ... ein Programmvolumen von rund 505 Millionen € zur Verfügung. Dieser Betrag beinhaltet neue Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 500 Millionen €.

Im Rahmen eines neuerlichen Berichts wäre auch sicherlich mitteilenswert, wie sich der Mittelabfluss in den nächsten beiden Jahren gestaltet habe.

Daraufhin kam der Ausschuss ohne Widerspruch zu folgender Beschlussempfehlung an das Plenum:

Der Landtag wolle beschließen,

- 1. von der Mitteilung der Landesregierung, Drucksache 17/2723, Kenntnis zu nehmen;*
- 2. die Landesregierung zu ersuchen, dem Landtag zu Ziffer 3 bis zum 30. Juni 2024 erneut zu berichten.*

13.7.2022

Bonath